



Ausschuss für Kommunalpolitik

18. Sitzung (öffentlich)

8. März 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:10 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

beschließt der Ausschuss die Tagesordnung gemäß Einladung E 16/240 (Neudruck).

1 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes

8

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/120

In Verbindung mit:

Gesetz zur Stärkung der kommunalen Demokratie

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/468

Zuschrift 16/162
Ausschussprotokoll 16/154

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion – siehe Anlage 1 zu TOP 1 – wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN gegen die CDU abgelehnt.

Der Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen – siehe Anlage 2 zu TOP 1 – wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

Der Gesetzentwurf von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/1468 wird in der zuvor geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN angenommen.

Beratung und Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/120 wird auf Antrag der Fraktion der PIRATEN zurückgestellt.

2 Gesetz zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes**14**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1572

Ausschussprotokoll 16/156

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Nach kurzer Diskussion nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN an; ein entsprechendes Votum wird dem federführenden AWEIMH mitgeteilt.

3 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes – AAVG und zur Änderung anderer wasserrechtlicher Vorschriften 17

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1821

Stellungnahme 16/586

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss stimmt nach kurzen Statements dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN bei Enthaltung der CDU einstimmig zu.

4 Begrenzung der Kreisumlage – Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Januar 2013 18

auf Antrag der Fraktion der CDU

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/695

In Verbindung mit:

Darf das Land den Kreisen die Höhe der Kreisumlage diktieren? – Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 14.02.2013

auf Antrag der Fraktion der CDU

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/694

Der Ausschuss nimmt die Berichte zur Kenntnis. - Das Ministerium für Inneres und Kommunales dem Ausschuss erneut berichten, sobald hierzu ein neuer Standstand vorliegt.

- 5 Auswirkungen aktueller kartell- und energierechtlicher Beschlüsse auf die Konzessionsvergabe für den Stromnetzbetrieb in NRW-Kommunen** **19**
- auf Antrag der Fraktion der FDP
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/693
- Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.
- 6 Kommunale Investitionsschwäche** **20**
- Auf Antrag der Fraktion der CDU
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/696
- Diskussion **20**
- 7 Direkte Demokratie muss bürgerfreundlich und rechtssicher sein!** **24**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2116
- Auf Antrag der FDP-Fraktion wird der Ausschuss zu diesem Thema ein Expertengespräch durchführen. Einzelheiten sollen im Kreis der Obleute am Rande des nächsten Plenums besprochen werden.
- 8 Bettensteuer erneut vor Gericht gescheitert – Landesregierung muss Genehmigung zur Erhebung der Bettensteuer zurückziehen** **25**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2123
- Der Ausschuss kommt überein, die Debatte in der nächsten Sitzung fortzusetzen.

- 9 Unser Land braucht Entwicklung – Anforderungen an die Novelle der Landesplanung** **26**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2131
- Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN gegen die Stimmen der CDU den Antrag ab; ein entsprechendes Votum geht an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk.
- 10 Eltern und Kommunen brauchen einen Fonds um Unstimmigkeiten beim U3-Rechtsanspruch zu bewältigen!** **28**
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2137
- Der Ausschuss kommt überein, kein Votum an den federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend abzugeben.
- 11 Verschiedenes** **29**
- 11.1. Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung Drucksache 16/1624** **29**
- 11.2. Antrag der Fraktion der CDU – „Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen ausbauen – Fernverkehr verbessern“ Drucksache 16/1474** **29**
- 11.3. Informationsreise des Ausschusses** **29**
- Nächste Sitzung: 12. April 2013** **29**

11 Verschiedenes

11.1. Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung Drucksache 16/1624

Vorsitzender Christian Dahm informiert darüber, dass der Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr mitgeteilt habe, dass er seine Beratungen zu dem oben genannten Gesetzentwurf, Stichwort „Rauchmelder“, am 7. März 2013 beenden wolle. Die Obleute des AKo hätten daraufhin bereits signalisiert, dass der mitberatende Ausschuss für Kommunalpolitik dazu kein Votum mehr abgeben könne.

11.2. Antrag der Fraktion der CDU – „Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen ausbauen – Fernverkehr verbessern“ Drucksache 16/1474

Vorsitzender Christian Dahm gibt bekannt, dass der federführende Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr mit Schreiben vom 7. März darüber informiert habe, dass zu dem oben genannten Antrag eine Anhörung von Sachverständigen durchgeführt werden solle. Der laut Überweisungsbeschluss des Plenums mitberatend tangierte AKo habe sich bereits in seiner Sitzung am 7. Dezember 2012 dazu geäußert und seine Beratung mit einem ablehnenden Votum beendet. Er werde, sofern der Ausschuss nichts anderes beabsichtige, den federführenden Ausschuss noch einmal auf das Votum vom 7. Dezember 2012 hinweisen. – Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

11.3. Informationsreise des Ausschusses

Vorsitzender Christian Dahm informiert darüber, dass sich die Obleute am Rande der letzten Plenartage darauf verständigt hätten, im Jahre 2013 keine Ausschussreise durchzuführen. Angedacht sei eine Reise im zweiten Halbjahr 2014, wozu weitere Einzelheiten erst nach Entscheidung des Ältestenrates über den Sitzungsplan 2014 verabredet werden könnten.

Nächste Sitzung: 12. April 2013

gez. Christian Dahm
Vorsitzender

2 Anlagen

14.03.2013/18.03.2013

160

